

Bürgernah, transparent und offen wollen sie sein, das verkünden des öfteren besonders FDP, CDU und SPD. Das Gegenteil muss man feststellen. Sie verschließen sich den Sorgen und Nöten der Bürger und verheimlichen Prüfberichte. Klimmzüge müssen die Bürger machen, wenn es um gerechte, sozialverträgliche Kommunalabgaben geht.

Rechtswidrige Abgabenbescheide für Abwasser wurden durch den WAZV Gotha und Landkreisgemeinden verschickt. Zwei Klagen haben die Bürgerinitiativen des Kreises Gotha 2009 vor dem Oberverwaltungsgericht in Weimar gegen Bescheide des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Gotha und Landkreisgemeinden geführt und ihnen wurde jedes Mal die Rechtswidrigkeit der Bescheide durch Urteile bestätigt. Dessen ungeachtet legte der WAZV Gotha und Landkreisgemeinden mit Unterstützung der Kommunalaufsicht Gotha und der Verbandsräte/ Bürgermeister beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Widerspruch gegen diese Urteile ein. Am 23.08.2011 reiste erneut ein Stab von Befürwortern der überhöhten Kommunalabgaben in Leipzig an um ihre unrealen Forderungen vor dem BVG zu rechtfertigen. Auch dieses Mal hat der WAZV erneut eine herbe Niederlage hinnehmen müssen. Die Bürgerinitiativen des Kreises Gotha bekamen Recht gesprochen, alle bis zum 31.12.2008 verschickten Bescheide sind rechtswidrig und wurden aufgehoben. Im Strafrecht wären sie strafbar. Die Kosten des Verfahrens muss der WAZV tragen.

Wer bezahlt nun die Rechtsanwälte, Gutachter, Vertreter des Landratsamtes/Kommunalaufsicht und WAZV Gotha etc., die alle zahlreich zu dieser Verhandlung angereist waren? Auch hier sind es wieder die Bürger / Kunden des WAZV, die wieder diese Kosten tragen müssen. Jahrelang werden Prüfberichte des Innenministeriums, des Landesrechnungshofes und Urteile den Kunden verheimlicht und nicht bürgerfreundlich umgesetzt. Die Kontrolle der Kommunalaufsicht war mangelhaft, die Gründe dafür sind umfangreich bekannt geworden. Nun bleibt zu hoffen, dass sich endlich einmal Politiker solcher unmöglichen Verhaltensweisen annehmen und klare, bürgerfreundliche Verhältnisse schaffen. Bisher mussten immer die Bürger die Zeche bezahlen.

Erfreulich ist, dass nach vielen Jahren der Kampf der Bürgerinitiativen langsam Früchte trägt, indem die CDU mit M, Moring, Fraktionsvorsitzender der CDU im Thüringer Landtag an der Spitze langsam erkennt, dass der bisherige Kurs in der Gebühren- und Beitragspolitik bei Abwasser wie bisher, nicht mehr so weiter gefahren werden kann.

Horst Reising

Eisenacher Landstr. 12

99880 Waltershausen

04.09.2011